

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 5. Februar 2015.

Auf Antrag der SPD setzte der Rat eine Anfrage des Republikaners zu Problemhäusern wegen der darin enthaltenen tendenziösen Äußerungen bei 3 Enthaltungen und einer Gegenstimme von der Tagesordnung ab.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Linken erläuterte die Verwaltung, dass für die Sitzung der **Bezirksvertretung 5** am 27.1. kein Polizeischutz angeordnet oder angefordert wurde. Die zuständigen Bezirkspolizeibeamten nehmen regelmäßig an den Sitzungen der Bezirksvertretungen teil. Hinsichtlich einer Anfrage der Linken zur Situation der ehemaligen Rheinbahnwohnungen in der Verweyenstraße (Kaiserswerth) teilte die Verwaltung mit, dass die Eigentümerin DWG um Auskunft gebeten wurde, dies aber vor dem Hintergrund einer eigenen Informationsveranstaltung abgelehnt hat.

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der CDU erläuterte die Verwaltung, dass der **Krisenstab für besondere Ereignisse** zur akuten Notlage bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden zusammengetreten war. Die Prüfung von Nutzungsmöglichkeiten der Bergischen Kaserne ist nicht Aufgabe des Krisenstabes. Schon 2012 waren alle Kommunen im Wege der Amtshilfe vom Land gebeten worden, geeignete Flächen für eine Erstaufnahmeeinrichtung zu benennen. Damals hat die Stadtspitze die Bergische Kaserne gemeldet. Anfang 2015 wurde mit dem Innenministerium besprochen, ob eine Landesaufnahmeeinrichtung in Düsseldorf mit einer Kapazität von 600 Flüchtlingen auf die Zuweisungsquote angerechnet wird. Dies würde die Stadt um 3 Standorte mit Unterkünften für jeweils 200 Personen entlasten. Weiterhin wurde besprochen, ob die Stadt gegen Vollfinanzierung die Aufnahmeeinrichtung betreibt. Eine Vertiefung der Fragen ist in weiteren Sitzungen vorgesehen, die noch nicht terminiert sind. Nach Information der Verwaltung verbleiben die Flüchtlinge derzeit nur 5 Tage in den Erstaufnahmeeinrichtungen. In dieser Zeit werden weder Kindergärten noch Schulen besucht.

Der Krisenstab hatte sich mit der kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeit von zugewiesenen Flüchtlingen und Asylsuchenden beschäftigt. In einem ehemaligen Schulgebäude sowie in früher gewerblich genutzten Räumen konnten dann sehr kurzfristig weitere Personen untergebracht werden. Die Verwaltung teilte mit, dass die Sozialverwaltung schon wiederholt und frühzeitig eine angemessene Kostenerstattung bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden angesprochen hat. Das Land hat inzwischen den Kommunen zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt. Über die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern sollen weitere Mittel bereitgestellt werden. Für 2015 werden sich Bund und Land in Höhe von 8,6 Mio Euro an den Kosten beteiligen, das sind 2 Mio Euro mehr als im Haushaltsplan vorgesehen. Die Verwaltung erläuterte, dass dem „Runden Tisch Asyl“ eine Liste mit möglichen Standorten für Wohncontainer vorgelegt worden ist. Diese städtischen Grundstücke werden nun vertieft hinsichtlich ihrer Eignung untersucht. Mit Anbietern von Wohncontainern werden Miet- und Kaufverhandlungen geführt, finanzielle Ergebnisse sollen noch in diesem Monat vorliegen. Ab Mitte des Jahres soll mit der Herrichtung der Grundstücke begonnen werden. Da manche Standorte möglicherweise nach detaillierter Prüfung nicht in Frage kommen, werden auch die Standorte in der Priorität 2 und 3 parallel vertieft untersucht. Zugleich werden auch bei städtischen Töchtern weitere mögliche Standorte untersucht.

Anfragen

Bei einer Anfrage der FDP ging es um die Erhaltung der **Gasleuchten im Hofgarten**.

60 % der 209 Gasleuchten sind durch den Orkan Ela beschädigt worden. Das ca. 5,6 km

lange Gasnetz, das 2000/2001 auf Kunststoffrohre umgerüstet wurde, muss aufwändig geprüft werden. Zur Klärung technischer und rechtlicher Fragen wird ein externes Gutachten eingeholt. Eine kurzfristige Inbetriebnahme war wegen der Beschädigungen am Netz und den Materialschwierigkeiten bei den drei unterschiedlichen Gasleuchten nicht möglich. Kurzfristig wurde eine provisorische Beleuchtung für die wichtigsten Wegeverbindungen hergestellt. Die Sicherungsmaßnahmen und die provisorische Beleuchtung bedürfen keiner denkmalschutzrechtlichen Genehmigung. Die künftige Beleuchtung wird Teil des in Arbeit befindlichen Parkpflegewerks, das denkmalpflegerische Aspekte berücksichtigt. Der Masterplan Straßenbeleuchtung soll 2015 fortgeschrieben werden. Hierbei sollen auch Erhaltungsbereiche für die Gasbeleuchtung festgelegt werden, wobei die dauerhafte Reparatur und die dafür notwendigen Materialien berücksichtigt werden sollen. Kriterien für die Auswahl von Gebieten, in denen dauerhaft Gasleuchten erhalten werden sollen, sollen unter Einbeziehung externer Experten erarbeitet werden. Die Verwaltung sagte zu, in die nächsten Sitzungen der Arbeitsgruppe jeweils einen Vertreter/eine Vertreterin der Fraktionen einzuladen und Vorschläge zu machen, wie die Bürgerbeteiligung aussehen könnte.

Aufgrund einer Anfrage der CDU teilte die Verwaltung mit, dass die Verwaltungskonferenz im Mai 2014 den Start für die **Planung eines Neubaus des Albrecht-Dürer-Berufskollegs** gegeben hat, nachdem Bauordnungs- und Planungsrechtsfragen zuvor geklärt waren. Die Grundlagenermittlung hat begonnen. Nun wird auch der Standort des Thyssen-Krupp-Geländes in Benrath geprüft, weil das Grundstück an der Völklinger Straße besser für Wohnungsbau geeignet ist. 9 von 10 Berufskollegs haben ihren Standort im Stadtbezirk 3. Nördlich der Paulsmühlenstraße sollen mit dem Berufskolleg weitere Entwicklungen am Standort angestoßen werden. Die Altlasten sollen nun intensiv untersucht und ein Sanierungskonzept erarbeitet werden. Außerdem wird der Standort unter verkehrlichen Aspekten untersucht. Die Verwaltung setzt sich sehr für einen Haltepunkt des RRX am Bahnhof Benrath ein und sieht ein mögliches Berufskolleg als zusätzliches Argument.

Anträge

Der Antrag der Linken, dass sich der Rat uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur-, Umwelt-, Verbraucherschutz- sowie Sozial- und Bildungspolitik ein und sich gegen **TTIP, CETA und TISA** auszusprechen, wurde mit den 32 zu 31 Stimmen (SPD, Linke, AfD, Tierschutzpartei, Republikaner, freie Wähler) abgelehnt.

Über einen Ergänzungsantrag der SPD (Abbruch der Verhandlungen und Verabschiedung eines neuen Verhandlungsmandates der EU) wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Antrag von BÜ90/Die Grünen, das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen zu unterstützen und die Düsseldorfer Abgeordneten aufzufordern, sich in diesem Sinne gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission zu engagieren, wurde mit 39 zu 37 Stimmen (CDU, FDP) angenommen.

Auf Antrag von SPD, BÜ 90/Die Grünen und FDP stimmte der Rat der Aufnahme jeweils einer Vertreterin/eines Vertreters der Elternschaft Düsseldorfer Schulen (einstimmig) und der Bezirksschüler/innenvertretung (einstimmig, einige Enthaltungen) als **Sachverständige Mitglieder in den Schulausschuss** zu.

Der Änderungsantrag der CDU, einen Schulformsprecher/eine Schulformsprecherin zur ständigen Beratung in den Schulausschuss zu berufen, wurde abgelehnt.

Der Antrag der CDU, ein Konzept für ein **Kultur-Siegel** zu erarbeiten, mit dem Schulen ausgezeichnet werden sollen, die sich ganz besonders um die kulturelle Bildung ihrer Schülerinnen und Schüler verdient gemacht haben, wurde zur weiteren Beratung in den

Kultur- und Schulausschuss verwiesen.

Die Linke hatte einen Antrag eingebracht, die **medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen** zu verbessern und deren Krankenbehandlung auf eine gesetzliche Krankenversicherung in Anlehnung an das „Bremer Modell“ zu übertragen – hierbei erhalten Leistungsberechtigte eine Krankenversicherungskarte – und entsprechende Verhandlungen mit den Krankenkassen aufzunehmen. Auf Antrag von SPD, BÜ 90 und FDP soll der Aufwand und Nutzen geprüft werden und das Ergebnis dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales, den Integrationsrat und dem Rat vorgelegt werden (gegen CDU, Enthaltung AfD, Republikaner).

Auf Antrag von CDU, SPD, BÜ 90/Die Grünen, FDP und Linken spricht sich der Rat **gegen Fremdenfeindlichkeit** aus (Enthaltung Republikaner). Er lehnt jede Form von Ausgrenzung, Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und religiösem Extremismus. Die Mitglieder des Rates sprechen sich für kulturelle Vielfalt, Demokratie, Toleranz, Respekt, Willkommenskultur und ein harmonisches Miteinander aller Bewohner/innen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Weltanschauung, sexueller Orientierung und Religionszugehörigkeit.

Ein Änderungsantrag des Republikaners fand keine Mehrheit.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss (gegen Pirat, Enthaltung Linke) eine Weiterentwicklung **des Finanzierungssystems des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein Ruhr**.

Der beschloss gegen Linke, Pirat, Tierschutzpartei, freie Wähler neue **Taxitarife**. Der Grundpreis beträgt nun 5 Euro. Der Fahrpreis für jede angefangene Fahrstrecke von 45,45 m beträgt 0,10 Euro, das entspricht einem Kilometerpreis von 2,20 Euro. Der Zeittarif beträgt je 10,29 Sekunden 0,10 Euro. Das entspricht einem Stundensatz von 35 Euro. Für die Strecke zwischen Flughafen und allen Eingängen der Messe gilt ein Sonderfahrpreis von 19 Euro. Für Kreditkartenzahlungen wird eine Gebühr von 2 Euro eingeführt. Der Großraumzuschlag beträgt unverändert 7 Euro.

Der Rat beschloss gegen Linke, 1 CDU-Stimme, Tierschutzpartei, freie Wähler **verkaufsoffene Sonntagnachmittage** mit einer Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr: stadtweit (ohne Gerresheim und Kaiserswerth) am 29.3. aus Anlass der Messen Beauty und Top Hair, stadtweit (ohne Oberkassel, Eller, Pempelfort, Derendorf, Gerresheim, Benrath, Bilk, Unterbilk, Kaiserswerth) aus Anlass des Weihnachtsmarktes am 13.12. In einzelnen Stadtteilen gibt es Sonntagsöffnungen: am 10.5. in Benrath und Gerresheim, am 7.6. in Bilk und Unterbilk, am 14.6. in Kaiserswerth, am 9.8. in Oberkassel, am 13.9. in Eller, Gerresheim und Kaiserswerth, am 20.9. in Carlstadt, Pempelfort und Derendorf, am 6.12. in Oberkassel, Eller, Pempelfort, Derendorf, Gerresheim, Benrath, Bilk, Unterbilk und Kaiserswerth. Der Antrag der CDU, einen verkaufsoffenen Sonntagnachmittag in der Altstadt, Stadtmitte und Carlstadt am 27.9. einzurichten, fand keine Mehrheit. Gleichwohl wurde vereinbart, einen entsprechenden Antrag des Einzelhandels zu prüfen.

Personalien

Der Rat bestellte die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den Organen der Stiftung „Institut zur Erlangung der Hochschulreife für Handwerker, Facharbeiter und andere Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung e.V.“. Die SPD wird im Kuratorium durch Klaudia Bednarski und Jürgen Bohrmann vertreten.

Der Rat ersetzte Frank Spielmann durch Matthias Herz im Aufsichtsrat der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung des folgenden Projektes:

- **Erneuerung der Energieversorgung, Lüftungs- und Gebäudeleittechnik in der Dieter-Forte-Gesamtschule**, Heidelbergerstr. 75. Es ist ein Blockheizkraftwerk vorgesehen. Die Kosten werden auf 2, 7 Mio Euro geschätzt. Die Arbeiten werden ca. 12 Wochen dauern. Sie sollen hauptsächlich in den Sommerferien 2016 ausgeführt werden.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**